

PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilung vom 7. Dezember 2020

DEHOGA-Umfrage

Enttäuschung und Verzweiflung über ausbleibende Hilfen im Gastgewerbe - Erhöhung der Abschlagszahlungen notwendig

(Wiesbaden/Berlin, 7. Dezember 2020) Das notleidende Gastgewerbe wartet dringend auf die schnelle Auszahlung der zugesagten staatlichen Hilfen. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) haben 81 Prozent der Betriebe die Novemberhilfe beantragt. 64,8 Prozent der Betriebe in Hessen haben allerdings noch nicht einmal Abschlagszahlungen erhalten. Und dabei gehört das Bundesland Hessen zu den schneller arbeitenden Verwaltungen. Verzweiflung und Existenzängste in Hotellerie und Gastronomie nehmen zu. 73 Prozent der gastgewerblichen Betriebe sehen sich aufgrund der erheblichen Umsatzverluste in ihrer Existenz gefährdet.

Ende Dezember werden die meisten Restaurants und Hotels in diesem Jahr viereinhalb Monate komplett geschlossen haben. „Den Unternehmen in Hotellerie, Gastronomie, den Clubs, Discotheken, Cafés, Kneipen und Bars steht das Wasser nicht mehr nur bis zum Hals“, erklärt DEHOGA Hessen-Präsident Gerald Kink. „Jeder Tag, der vergeht und an dem keine Hilfen fließen, ist ein Tag, an dem Schulden, laufende Kosten, Vertragsverpflichtungen wachsen. Die Last droht die Betriebe zu erdrücken.“ Die Umsatzverluste seit März 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum beziffern die befragten Betriebe in Hessen auf durchschnittlich **55 Prozent**. Die hohen Kosten laufen indes weiter.

Schnelle staatliche Unterstützung für die durch den zweiten Lockdown geschlossenen Betriebe sei unverzichtbar.

Pressekontakt

DEHOGA Hessen e.V.
Auguste-Viktoria-Str. 6
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611 9920114
Mail: info@dehoga-hessen.de

Julius Wagner
Hauptgeschäftsführer

Laut den vorliegenden Umfrageergebnissen kann jedoch **erst jeder dritte Betrieb (35,2Prozent)** den Eingang von Abschlagszahlungen auf die Novemberhilfe vermelden und zwar in Höhe von durchschnittlich **8.040 Euro**.

Erschwerend hinzu kommt, dass die Abschlagszahlungen zwar kleinen Unternehmen helfen, für mittlere und größere Unternehmen allerdings nicht ausreichen. „In der mittlerweile sechsten Lockdown-Woche sind die bislang gewährten Abschläge von maximal 10.000 Euro für viele Betriebe lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und genügen allenfalls um dringendste Verbindlichkeiten wie Darlehenszinsen oder die Stromrechnung zu bedienen“, sagt Kink und fordert eine deutliche Erhöhung der Abschlagszahlungen. „Wir wissen, dass auch die Hessische Landesregierung mehr Tempo und höhere Abschlagszahlungen gegenüber der Bundesregierung einfordert und unterstützen dies mit Nachdruck!“ Ausreichende Abschlagszahlungen auf beantragte Hilfen seien umso wichtiger vor dem Hintergrund, dass mit der Auszahlung der kompletten Summen wohl erst ab Januar 2021 gerechnet werden könne. „Wenn unsere Betriebe ein Sonderopfer für die Allgemeinheit erbringen, dann müssen sie auch zeitnah, unbürokratisch und wirksam für die finanziellen Ausfälle entschädigt werden. So wurde es Ende Oktober durch den Bund versprochen.“, so Kink.

Die Verlängerung des Lockdowns verschärft die dramatische Lage der gastgewerblichen Unternehmer. **36,8 Prozent** bewerten die Schließung ihrer Betriebe bis 10. Januar 2021 mit „katastrophal“, **21,3 Prozent** mit „schlecht“.

Die Zahl der Unternehmen, die sich akut in ihrer Existenz gefährdet sehen, steigt im hessischen Gastgewerbe je länger die Wirtschaftshilfen auf sich warten lassen. Über 73 Prozent der Befragten beantwortete die Frage nach einer realistischen Sorge um den Unternehmensfortbestand mit „Ja“.

An der Blitzumfrage des DEHOGA Bundesverbandes zur wirtschaftlichen Lage im Gastgewerbe beteiligten sich in der Zeit vom 4. bis 6. Dezember 5.500 Betriebe, davon knapp 600 Betriebe aus Hessen.

----- Ende der Pressemitteilung -----